

Rede von Petra Budke

# **Petra Budke spricht zum**

## **Entschließungsantrag**

### **"Aktionsprogramm digitale Bildung"**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete, liebe Zuschauende,

Die Kinder und Jugendlichen sind in ganz besonderem Maße Leidtragende dieser Krise. Deshalb bin ich so außerordentlich froh, dass die Kitas seit Montag wieder für alle Kinder geöffnet sind und die Schulen nach den Sommerferien wieder zum Regelbetrieb übergehen. Denn das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht!

Mitte März, mit nur zwei Tagen Vorbereitungszeit, kam die Umstellung auf Fernunterricht. Und das stellte Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern vor eine Riesenherausforderung. Viele Beteiligte haben, das darf man bei aller Kritik nicht vergessen, diese Ausnahmesituation mit viel Improvisationstalent und großartigem Engagement gemeistert. Allen Beteiligten, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern gebührt dafür ein großes Dankeschön!

Sollte sich aber so eine Situation wiederholen, dann müssen wir besser vorbereitet sein. Nicht alle Kinder hatten im Homeschooling die gleichen Voraussetzungen. Die soziale Isolation hat die Ungerechtigkeit weiter verschärft. Die Krise hat auch offenbart, welche wichtige Rolle Kitas und Schulen für unsere Kinder und unsere Gesellschaft spielen.

Eine Krise ist auch immer eine Chance, um daraus für die Zukunft zu lernen. Was können wir in unseren Schulen besser machen, um besser gerüstet zu sein?

Es zeigte sich deutlich, was wir bisher in der Digitalisierung versäumt haben. Das betrifft sowohl den Breitbandausbau im Land als auch die technische Infrastruktur in den

Schulen. Nur etwa ein Drittel nutzten bereits Lernplattformen oder die Schul-Cloud des Hasso-Plattner-Instituts. Viele Lehrkräfte haben bislang nicht einmal eine Schul-Email-Adresse. Ebenso wenig verfügen alle Elternhäuser über die entsprechende Ausstattung, damit Kinder an digitalen Lernangeboten teilnehmen können. Während einige das neueste Mac-Book besitzen, müssen andere das Homeschooling über ihr Smartphone abwickeln.

Die Mittel des Bundes für die digitale Ausstattung der Schulen wurden in Brandenburg bisher kaum abgerufen. Die Antragstellung ist kompliziert, und trotz Krise hat der Bund die Anforderungen nicht gelockert. Verlangt wird ein Medienkonzept, das Schule und Schulträger gemeinsam erstellen müssen. An vielen Schulen hängt es an der Initiative einer einzigen Lehrkraft, ob die Digitalisierung vorankommt oder nicht. Und natürlich braucht es auch die Motivation und Fortbildung des Kollegiums. Die beste Ausstattung nutzt nichts, wenn sie nicht eingesetzt wird.

Eine Schulcloud oder Lernplattform hätte in dieser Krise wirklich jede Schule gebraucht. Sie bietet vielfältige pädagogische Möglichkeiten, egal ob für individuelles Lernen oder kooperatives Arbeiten in der Gruppe, egal ob Zuhause oder im Klassenraum. Um hier IT-Sicherheit und den Datenschutz zu gewährleisten, fordern wir verbindliche Regeln - auch für mehr Rechtssicherheit bei allen Beteiligten.

Aber die technische Ausstattung ist nur ein Aspekt. Die Schülerinnen und Schüler müssen auch mit ihr umgehen können. Auf den Lehrplan gehören auch der kritische Umgang mit digitalen Medien, die Auseinandersetzung mit den Inhalten, die Reflexion des eigenen Medienkonsums, Informationssicherheit und Datenschutz.

Auch das selbstorganisierte und eigenständige Lernen muss zukünftig eine viel größere Rolle im Unterricht spielen. Diese Kompetenzen zu stärken hätte den Schülerinnen und Schüler im Homeschooling geholfen.

Digitalisierung ist kein Allheilmittel. Computer können keine Lehrkräfte ersetzen, und auch nicht den Austausch und Kontakt mit den anderen Lernenden. Schulen sind auch Lebensorte. Wer hätte gedacht, dass so viele Kinder und Jugendliche die Schule so sehr vermissen würden!

Wir würden gern mehr erfahren, wie sich diese Erfahrung auf die Schülerinnen und Schüler ausgewirkt hat. Deswegen schlagen wir vor, die sonst im Fünf-Jahres-Rhythmus von der Uni Potsdam erstellte Kinder- und Jugendstudie um ein Jahr vorzuziehen.

Im Übrigen fordern Kinder- und Jugendvertretungen zu Recht, dass wir bei Entscheidungen über weitere Corona-Maßnahmen die Interessen von allen Kindern und Jugendlichen und berücksichtigen. Kinder und Jugendliche sind Akteurinnen und Akteure in dem Prozess und wollen und sollen auch gehört und beteiligt werden. Auch dazu könnten ja in dem von uns vorgeschlagenen Leitfaden zu Best-Practice-Erfahrungen beim Lockdown gute Beispiele gesammelt werden.

So wollen wir dazu beitragen, dass wenn - was wir alle nicht hoffen - eine zweite Corona-Welle im Herbst kommen sollte, oder wenn in der nahen oder fernen Zukunft ein anderes Virus eine Pandemie auslösen sollte, wir an den Schulen besser gerüstet sein werden!